JIM-Studie 2026: AKJS fordert mehr Mittel für Medienkompetenz und Jugendmedienschutz

Landeshaushalt 2027: Schleswig-Holstein muss Ergebnisse ernst nehmen und Empfehlungen der Expertenkommission umsetzen.

Kiel. Anlässlich der Veröffentlichung der JIM-Studie 2026 fordert die Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e. V. (AKJS) Landesregierung und Landtag auf, im Haushalt 2027 zusätzliche Mittel für Medienkompetenz, Prävention und pädagogische Begleitung bereitzustellen. Die Ergebnisse verdeutlichen, wie selbstverständlich digitale Angebote zum Alltag Jugendlicher gehören – und welche Aufgaben daraus für Bildung und Jugendschutz entstehen.

„Die JIM-Studie muss auch in den Haushaltsberatungen Konsequenzen haben. Wenn wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sicher und selbstbestimmt in der digitalen Welt aufwachsen, müssen wir die dafür notwendigen Angebote finanzieren. Wir appellieren an Landesregierung und Landtag, im Haushalt 2027 zusätzliche Mittel für Medienkompetenz und präventiven Kinder- und Jugendschutz bereitzustellen“, erklärt Iris Janßen, Vorsitzende der AKJS.

KI wird auch bei persönlichen Sorgen genutzt

Die bundesweite Studie zeigt: 26 Prozent der jugendlichen KI-Nutzenden verwenden entsprechende Anwendungen für Gesundheitsfragen. 15 Prozent besprechen mit ihnen persönliche Probleme und Sorgen. Zugleich berichten jeweils 66 Prozent aller befragten Jugendlichen, im Monat vor der Befragung Fake News und beleidigenden Kommentaren gegenüber anderen begegnet zu sein.

„Medienkompetenz umfasst heute weit mehr als die Bedienung eines Smartphones. Es geht darum, Informationen zu beurteilen, Manipulation zu erkennen, persönliche Grenzen zu schützen und bei belastenden Erfahrungen Unterstützung zu finden“, sagt Benjamin Holm, Geschäftsführer der AKJS. „Dafür brauchen Jugendliche Zeit, geeignete Lernräume und Erwachsene, die ihre digitale Lebenswelt verstehen.“

Aus Sicht der AKJS verdeutlicht insbesondere die Nutzung von KI bei persönlichen Anliegen, wie eng Medienbildung und die Förderung psychischer Gesundheit zusammengehören. Junge Menschen brauchen Orientierung zu den Möglichkeiten und Grenzen digitaler Anwendungen sowie erreichbare menschliche Ansprechpersonen. Zugleich müssen Anbieter Verantwortung für eine altersgerechte und sichere Gestaltung ihrer Angebote übernehmen.

Empfehlungen der Expertenkommission müssen in Schleswig-Holstein ankommen

Die von Bundesbildungs- und -Familienministerin Karin Prien eingesetzte unabhängige Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ hat konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt. Dazu gehören die Stärkung von Medienkompetenzangeboten vor Ort, die Förderung von Peerprogrammen und der Ausbau der Medienkompetenzförderung im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz.

„Die Expertenkommission hat konkrete Aufgaben benannt. Jetzt erwarten wir, dass Schleswig-Holstein die Empfehlungen in seinem Verantwortungsbereich aufgreift und mit einem verbindlichen Umsetzungsplan hinterlegt. Gute Angebote und engagierte Fachkräfte sind vorhanden. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie mehr junge Menschen und Familien erreichen können“, so Janßen.

Für die Haushaltsberatungen benennt die AKJS drei Prioritäten:

- **Mehr Angebote für junge Menschen:** Medienkompetenz und Prävention in Schulen und Jugendarbeit ausbauen und Jugendliche als Peers aktiv beteiligen.
- **Mehr Unterstützung für Erwachsene:** Elternberatung und Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte stärken – insbesondere zu KI, Desinformation, Cybermobbing und digitalen Belastungen.
- **Verlässliche Strukturen:** Fachliche Beratung, Vernetzung und die Weiterentwicklung wirksamer Angebote dauerhaft absichern.

Dabei soll auf vorhandenen Kooperationen und der Expertise der Medienbildung, der Schulen und der Kinder- und Jugendhilfe aufgebaut werden. Ziel ist, bewährte Angebote gemeinsam weiterzuentwickeln und in mehr Regionen des Landes zugänglich zu machen.

„Wir erleben, wie schnell sich digitale Lebenswelten verändern. Damit Eltern und Fachkräfte junge Menschen kompetent begleiten können, brauchen auch sie kontinuierlich Unterstützung. Mit einer einzelnen Veranstaltung ist es deshalb nicht getan“, betont Holm.

Zur Studie: Die JIM-Studie wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest herausgegeben. Für die bundesweit repräsentative Untersuchung wurden zwischen dem 27. Mai und dem 6. Juli 2026 insgesamt 1.200 Jugendliche im Alter von zwölf bis 19 Jahren befragt.

Pressekontakt:
Benjamin Holm · Geschäftsführer
Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e. V.
benjamin.holm@akjs-sh.de



Iris Janßen
Vorsitzende



Benjamin Holm
Geschäftsführer